

B-4

Titel	Antrag politische Bildung	
Antragsteller*innen	Juso Landesvorstand Bayern	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-

Antrag politische Bildung

1 **Innerschulisch:**

2 Bayern ist mit einem Anteil von 0,5 Prozent das Schlusslicht in der politischen Bildung in der
3 Bundesrepublik. Daher fordern wir, dass das Fach Politik und Gesellschaft mit mehr Stunden
4 an allen weiterführenden Schulen ausgestattet wird. Konkret wollen wir, dass mindestens 8%
5 der Lernzeit auf politische Bildung entfallen. Gleichzeitig muss das Fach bereits ab der
6 sechsten Jahrgangsstufe unterrichtet werden. Darüber hinaus muss die Aufstockung der
7 Stundenzeit, zu einem flexibleren Lehrplan führen, sodass auf aktuelle politische Ereignisse
8 und Schüler*innen Interessen eingegangen werden kann. Ebenfalls gibt es dadurch mehr
9 Möglichkeiten Schulausflüge im Fach „Politik und Gesellschaft“ und „GPG“ zu veranstalten
10 und dadurch Demokratie besser und direkter erleben zu können. Hierzu braucht es verstärkt
11 Angebote von politischen Institutionen. Wichtig ist auch, demokratische Prozesse in der
12 Schule stärker abzubilden und der SMV (Schüler mit Verantwortung) und allen
13 Schüler*innenvertretungen in dem Zusammenhang mehr Kompetenzen einzuräumen.

14 **Außerschulisch:**

15 Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, wie dringend politische Bildung für die
16 Gesamtbevölkerung ist. Dazu braucht es eine finanzielle, personelle und institutionalisierte
17 Etablierung politischer Bildung in der Erwachsenenbildung. Bildungsstätten, wie die Georgvon-Vollmar-
18 Akademie oder die Akademie Frankenwarte müssen weiterhin finanziell
19 abgesichert werden.
20 Außerschulische Bildungsangebote im Rahmen der politischen Bildung ergänzen die
21 schulische politische Bildung. Diese leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie einzelne
22 Kompetenzen, die laut Lehrplan fächerübergreifend gelehrt werden sollen, konkret
23 aufgreifen, sie thematisieren und vertiefen. Derartige Projekte sind auf Förderungen des
24 Bundes und des Freistaats angewiesen und arbeiten stets unter großen Unsicherheiten.
25 Deshalb fordern wir den Freistaat auf demokratiefördernde Projekte abzusichern und die
26 zeitliche Befristung nach einer kurzen Probezeit von einem Jahr abzuschaffen. Die Aufgabe

27 von Lehrkräften ist neben der Vermittlung von fachlichem Wissen und Kompetenzen, die
28 Erziehung zu mündigen und demokratischen Mitgliedern der Gesellschaft. Zweiteres wird
29 aufgrund von Überlastungen im Schulwesen vernachlässigt. Gute außerschulische Angebote
30 bieten Lehrkräften eine essentielle Hilfestellung. Deshalb fordern wir für Kinder und
31 Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr ein Recht auf außerschulische Bildung im Rahmen der
32 schulischen Bildung.